



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
108 (1898)**

344 (15.12.1898) Zweites Blatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-76639](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-76639)

General-Anzeiger



Telegraph-Adresse: Journal Mannheim.
In der Postlinie eingetragen unter Nr. 2402.
Abonnement: 60 Pfg. monatlich, Brutto 10 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postzuschlag M. 2.00 pro Quartal.
Zusätze: Die Colonel-Zeile 20 Pfg., Die Reklamen-Zeile 60 Pfg., Einzel-Nummern 3 Pfg., Doppel-Nummern 5 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgegend.

(Mannheimer Volksblatt.)

Verantwortlich: für den politischen u. allg. Theil Ernst Otto Kopp, für den lokalen und spec. Theil Ernst Müller, für den Anzeigen- und Verlags- Theil Karl Wolf, Redaktions- und Verlag-Druckerei: Tr. O. Haas'schen Buch-Druckerei, (Erlöb. Mannheimer Typograph. Anstalt.) Das „Mannheimer Journal“ ist Eigentum des katholischen Bürgervereins (Mannheim).

Mannheimer Journal.

(108. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich sieben Mal.

E 6, 2

Leserliste und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgegend.

E 6, 2

Nr. 344

Donnerstag, 15. Dezember 1898

(Telephon-Nr. 218.)

Zweites Blatt.

Die Reden des Staatssekretärs des Auswärtigen v. Bülow und des nat.-liberalen Abgeordneten Wassermann.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow: Der Abgordnete Richter hat den Wunsch ausgesprochen, näheres zu erfahren hinsichtlich meiner Stellung zu einigen Angelegenheiten meines Referats. Ich möchte diesem Wunsch trotz der vorgerückten Zeit ohne Zögern nachkommen und hoffe hierbei Gelegenheit zu finden, in Kürze die Gesichtspunkte darzulegen, welche zur Zeit maßgebend sind für den Gang der auswärtigen Geschäfte des Landes. Da ich aus dem Morgenlande zurückkehre, so werde ich mich zunächst zur orientalischen Frage, die orientalische Frage befindet sich zur Zeit im Großen und Ganzen in einer befriedigenden Phase. Damit will ich nicht etwa sagen, daß das orientalische Problem schon endgültig gelöst sei. Die orientalische Frage gleicht einigermaßen der Seeschlange, von der ein Stück nach dem anderen zum Vorschein kommt. Die endgültige Lösung der orientalischen Frage wird wohl länger von uns erfordern. Es ist ja aber auch nicht notwendig, daß alle großen Probleme, deren heute so viele hier erörtert worden sind, von heute auf morgen gelöst werden. Wir müssen auch unsere Kinder und Kindeskindestern einige Jahre zu tragen übrig lassen. (Große Heiterkeit.) Die orientalische Frage erscheint aber gegenwärtig für den Weltfrieden weniger bedrohlich als in früheren Epochen. An und für sich ist die orientalische Frage vielleicht komplizierter geworden, als sie vor zwanzig und vor vierzig Jahren war. Die Gegensätze, nicht sowohl zwischen Christen und Mohammedanern, als zwischen den einzelnen Völkern, haben sich seitdem etwas gelockert. Mit dem Selbständigkeitsstrebe dieser Völker ist auch ihr Expansionsbedürfnis gesunken. Dazu kommt, daß es auf der Balkanhalbinsel Punkte gibt, die unter Umständen zu Streitpunkten in des Wortes verengter Bedeutung werden können. Wer mir beispielsweise zu sagen möchte, wie sich in Mazedonien die Ansprüche der verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen lösen, den erkläre ich für eine sehr feinen Kopf. Das wäre die Lösung der Quadratur des Kreises, die Findung des Steines der Weisen. Auf die anderen Schwierigkeiten, denen sich mehr in der Nähe von Konstantinopel, in Arabien und in der armenischen Frage will ich lieber gar nicht eingehen, und doch brauchen wir nicht zu fürchten, daß alle diese Gegensätze, Probleme und Fragen die Ruhe im Orient stören werden. Soweit menschliche Berechnung reicht, dürfen wir hoffen, daß der Friede im Orient in der nächsten Zeit nicht getrübt wird. Das kommt einmal daher, daß mit dem wachsenden und mehrenden und fördernden Verkehr unter den Völkern das allgemeine Friedensbedürfnis zunehmen hat und mit dem Umfang der Kulturen die Scheu, Kriege zu entfesseln, die unter Umständen Völkerverträge in des Wortes furchtbarster und vollkommenster Bedeutung werden können. Ohne Ueberdeutung, mit berechtigter Genauigkeit kann ich sagen, daß mehr und mehr die Ansicht sich verbreitet hat, daß Deutschland, eben weil es im Orient keine direkten politischen Interessen hat, und wegen unserer unabweislichen und ungeschwächten Friedensliebe eine gewisse Garantie bietet für die schließliche Ausgleichung der Gegensätze. Was unser Verhältnis zum türkischen Reich angeht, so stehen wir in Konstantinopel so feinen besonderen Einfluß an. Mit dem Einfluß auf fremde Staaten ist es so eine Sache. Es geht darin, wenn Sie mir einen Vergleich gestatten wollen, wie mit dem Rennen um die goldene Perle. Sie einmal zu gewinnen, ist gar nicht so schwer; nachher soll sie aber immer wieder verteidigt werden. Durch geschickte Benutzung der Umstände läßt sich unter gewissen Verhältnissen ungeschwächter Einfluß erlangen. Diesen aber dauernd zu behalten, kann recht mühsam und mit allerlei Schwierigkeiten verknüpft sein. Schon der Einfluß, den wir auf andere Völker ausüben, schmückt sich durch den Gebrauch ab. Der Einfluß eines Staates gegenüber einem anderen Staate läßt sich jedenfalls nur behaupten, wenn derselbe in sehr besonderer, sehr vorzüglicher Weise ausgebaut wird. Darum haben wir in Konstantinopel niemals einen Einfluß in dem Sinne angestrebt, wie ihn dort in früheren Zeiten wohl andere Mächte ausgeübt haben. In dieser unserer Entschlossenheit liegt die Eigenart, aber auch die Sicherheit unserer Stellung am goldenen Horn. Die Sympathien, die wir in der Türkei genießen und für die ich dankbar bin, gründen sich darauf, daß die Türken wissen, daß Deutschland eben, weil es den Frieden will, auch für die Erhaltung und Integrität des türkischen Reiches eintritt, daß wir beim Völkervertrag bleiben auch gegenüber den Türken, daß wir im Orient keinen Schicksal haben wollen, sondern wirlichen Frieden, und daß unsere wirtschaftlichen Unternehmungen in der Levante nicht der Ausbeutung, sondern der Wohlfahrt des osmanischen Reiches gelten. Und da alle anderen Mächte, die im Orient gleichfalls und zum Teil direkter als wir politisch interessiert sind, wohl wissen, daß wir nicht daran denken, ihnen Hindernisse in den Weg zu legen oder ihnen Erfolge zu mißgönnen oder Aktionen einzuleiten oder in ihre Aspirationsphäre einzugreifen und sie zu durchkreuzen, brauchen wir auch nicht zu befürchten, daß wir irgendwo berechtigter Eifersucht erwidern können. Den Balkanländern stehen wir freundlich und ohne Antipathie gegenüber. Wir verfolgen mit Wohlwollen ihre Entwidlung und wünschen nur, daß sie nicht den Frieden stören möchten und zum beiderseitigen Besten die zwischen ihnen und uns bestehenden Handelsbeziehungen weiter ausbauen. Mit Betriedigung möchte ich konstatieren, daß unter der weisen Leitung eines erachteten Fürsten das Königreich Rumänien sich mehr und mehr zu einem bedeutsamen Faktor der Ordnung des Fortschritts und der Kultur auf der Balkanhalbinsel ausbildet. Den Abwärtigen zwischen den Balkanländern gegenüber verhalten wir uns gerade so reserviert wie gegenüber dem Weltbewerger um den Einfluß auf dieselben. Wir wünschen nur, daß Ruhe und Ordnung im Orient herrschen, schon weil die Rückwirkung des Orients auf den Occident nicht ausbleiben würde. Orient und Occident sind nicht mehr so trenner hat schon von 70 Jahren unser Goethe gesagt. Wir verlangen nur Ruhe, um unsere letzten Erwerb- und Handelsinteressen nachgehen zu können. Was die türkische Angelegenheit angeht, so treue ich mich, daß unsere Haltung in dieser Beziehung von dem Abgeordneten Richter gebilligt worden ist. (Heiterkeit rechts.) Wir haben feinerzeit die Evidenz von Arto wegge-

nommen, weil unsere Interessen an der künftigen Gestaltung der türkischen Verhältnisse nicht wichtig genug waren, um dort die dauernde Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes zu rechtfertigen. Dazu kam die durch die Ereignisse bestätigte Vermutung, daß die Neuordnung der türkischen Verhältnisse voraussichtlich mit erheblichen Kosten verbunden sein wird. (Heiterkeit.) Ich glaube aber nicht, daß das den Intentionen des hohen Hauses entsprechen würde, wenn wir gerade diese Kosten auf deutsche Schultern übernehmen hätten. Endlich konnten wir bei der bisherigen Verhandlung des türkischen Problems uns nicht der Einsicht verschließen, daß viele Abse nicht immer den Preis verbessern. Unsere besten Wünsche folgen jedenfalls den Mächten, welche sich der mühsamen Aufgabe unterzogen haben, dauernde Ordnung auf Arto zu stiften. Die Orientreise seiner Majestät des Kaisers sind vor Beginn derselben Motive und Ziele unterworfen worden, mit welchen sie nicht das Mindeste zu thun hätte. Verlauf und Erfolg der Reise haben bewiesen, wie völlig unbegründet diese in der ausländischen Presse zutage tretenden Ausstellungen waren. Man hat sich dergestalt bemüht, uns anzüglich dieser Reise antwortende Klagen anzubringen oder einen künstlichen Antagonismus zu konstruieren zwischen uns und dem türkischen Reich oder der katholischen Kirche, aber dieser oder jener fremden Macht. Daß auch die evangelischen Christen den Wunsch empfunden haben, ein Gotteshaus an der heiligen Stelle zu besitzen, an der seit langem die Kirchen anderer Konfessionen sich befinden, wird kein billiger Denker leugnen. Der durchaus berechtigte Wunsch der protestantischen Deutschen, an der Stätte, wo alle Konfessionen ihren Grundbesitz haben, eine Kirche zu erbauen, daziel Übrigens nicht von der Dreiecksfahrt, und die Beziehungen zwischen den Evangelischen und dem gelobten Lande reichen weiter hinauf. Schon Friedrich Wilhelm IV. war von dem Wunsche befehl, der evangelischen Kirche im gelobten Lande ein Gotteshaus zu geben, und es war Kaiser Friedrich, dem als Kronprinz der damalige Sultan das Terrain schenkte für eine evangelische Kirche. Wenn der Sohn Kaiser Friedrichs 30 Jahre später als deutscher Kaiser den Wunsch empfunden hat, als preussischer König die Kirche einzuwidmen, so liegt darin ein Akt der Pietät gegenüber seinen Vorfahren, welcher überall gewürdigt worden ist, ein Akt, welcher frei von jeder Feindschaft gegenüber anderen Konfessionen. Wenn es noch irgend einen Anlaß bedürft hätte, daß dieser Fabel sich alle diejenigen feinen dürfen, die auf deutsche Boden stehen, so wurde der Beweis geliefert, daß der deutsche Kaiser, der ein Kaiser aller Deutschen ist, die vom Sultan erworbenen Domination mit besonderer Genügsamkeit den religiösen Interessen seiner katholischen Untertanen weicht. (Lebhafte Beifall im Centrum.) Es haben sich auch Jene in ihren Voraussetzungen geteilt, die glauben, diese Gelegenheit zu können, um den Sultan gegen uns mißtrauisch zu machen. Der Sultan ist ein viel zu klar blickender Monarch, als daß er nur einen Augenblick glauben könnte, der deutsche Kaiser könnte den Spuren von Bohemann und Landt im Morgenlande folgen und der Türkei Palästina, Syrien und West weis was entziehen wollen. Das Mittelalter ist vorüber. Weit entfernt, Beziehungen zu schädigen, hat die Reise dazu beigetragen, dieselben noch freundlicher zu gestalten. Von unserer Seite ist selbstverständlich Alles vermieden worden, was die Empfindlichkeit der mohammedanischen Welt verletzen oder der Würde ihres Oberhauptes hätte nahe treten können. Auf der anderen Seite zeigte sich auf Schritt und Tritt, welcher Hochachtung sich das deutsche Reich und der deutsche Kaiser in der gesamten mohammedanischen Welt erfreuen. Endlich hat die Orientreise auch den fremden Regierungen, welche sich über die Tragweite derselben niemals unklar waren und wohl wußten, wie fern es und liegt, wohlgegründete fremde Rechte verletzen zu wollen, keinerlei Anlaß zu Beforgnis gegeben. Wir kämpfen weder im Orient noch anderswo französische Interessen, erkennen aber natürlich ein französisches Protektorat über deutsche Staatsbürger niemals an. (Lebhafte Beifall.) Wir sind weit entfernt, eine Schutzrechts über alle Christen im Orient in Anspruch nehmen zu wollen; aber ein Schutzrecht über alle deutschen Staatsangehörigen steht nur dem deutschen Kaiser zu. (Beifall.) Es ist auch die vielfach in der ausländischen Presse ausgesandte Vermutung nicht zutreffend, als ob ein solches Protektorat erst durch die Orientreise des Kaisers begründet worden wäre. Dieses Protektorat bestand schon früher, seit dem 18. Januar 1871. Seitdem haben wir es dauernd ausgeübt, und bei verschiedenen Gelegenheiten, so im Jahre 1875 gegenüber dem französisch-österreichischen Vertrag über die Regelung der Consularverträge durch internationale, im Jahre 1878 während des Berliner Kongresses und im Jahre 1882 in Jerusalem bei der Stiftung der Jerusalem Anstalten des deutsch-katholischen Palästinavereins es ausdrücklich gewahrt. Wie jeder souveräne Staat, so besitzt das deutsche Reich kraft seiner Souveränität das Recht und die Pflicht, seine Angehörigen und deren Anstalten in fernem Landen zu schützen und allein zu schützen. Wir üben dies Recht aus auf Grund unserer Reichsverfassung. Die auf Grund des Art. 11 dieser Verfassung dem deutschen Kaiser zugeschriebene völkerrechtliche Vertretung des Reiches insofern den Schutz aller Deutschen im Auslande, seien es Katholiken oder Protestanten. Wir werden uns der Rechte unserer katholischen Mitbürger im Orient auch fernerhin gewissenhaft und treu annehmen. Es sind noch zur Sprache gebracht worden die Ausweisungen von fremden Untertanen aus preussischem Staatsgebiet. Auf diese Materie einzugehen, hätte ich eigentlich keine Veranlassung, da sie streng genommen vor das Forum des preussischen Landtags gehört. Wenn aber die Beforgnis ausgesprochen worden ist, daß durch diese Ausweisungen unsere Beziehungen zu anderen Staaten getrübt werden könnten, so kann ich Sie in dieser Beziehung vollkommen beruhigen. Diese Ausweisungen sind ein Ausfluß unserer Souveränität, welche wir von keiner Seite antasten lassen (Beifall), und können darum unsere internationalen Beziehungen nicht alterieren. (Beifall.) Ueber einzelne Spezialfälle zwischen deutschen und österreich-ungarischen diplomatischen Organen freundschaftliche und vertrauliche Versprechungen, welche den Charakter jener Intimität tragen, die unsere allgemeinen Beziehungen zum österreichisch-ungarischen Reich kennzeichnen. Mehr möchte ich nicht sagen; denn ich glaube, daß ein Minister besser thut, kleinere Differenzen mehr geschäftlicher Natur zwischen befreundeten und verbündeten Staaten offenkundig nur im verständlichen Sinne (lebhafte Beifall) und nach reiflicher Ueberlegung mit genauer Abmessung der Tragweite seiner Worte (lebhafte Beifall) zu erwähnen. Es ist auch die Beforgnis unbegründet, als ob der Dreiecksbund irgendwie erfüllt wäre, als ob er an innerer Kohärenz oder an äußerem

Ansehen verloren habe. Die Weltlage bringt es mit sich, daß etwa in der Welt vorhandene bedrohliche Symptome sich nicht gegen den Dreiecksbund richten. Der Dreiecksbund gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Wälle die Bäume mit jedem Jahr höher wachsen, was aber nicht ausschließt, daß im Falle der Noth, den ich weder herbeiwünsche noch in diesem Augenblick voraussetze, die Festung in kürzester Zeit sturmfrei gemacht werden kann. Der Dreiecksbund beruht auf fester Basis. Er ist das Ergebnis des geschichtlichen Werdeganges dreier großen Staatswesen, die immer in lebhafte Beziehungen zu einander gestanden haben, die immer in irgend einer Art und Weise verbunden waren, jezt aber eine glückliche Form gefunden haben, bei welcher innerer Autonomie und absoluter Selbstständigkeit nach außen sich zusammen zu setzen. Der Dreiecksbund besteht auf klaren und einfachen Interessen. Jeder Theilnehmer hat ein gleiches Interesse an seinem Fortbestehen, jeder würde durch Aufgabe des Dreiecksbundes in gleichem Maße verlieren, und da er, weit entfernt, offensive oder gar aggressive Zwecke zu verfolgen, nichts Anderes anstrebt als die Wahrung des status quo und die Erhaltung der bestehenden Ordnung der Dinge, kommt er am letzten Ende allen Völkern und der großen Sache des europäischen Friedens zu gute. Ich kann aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es sich im Allgemeinen nicht empfiehlt, über bestehende, erprobte und zur Zufriedenheit aller gereichende Bündnisse zu viel zu diskutieren. Was unser Verhältnis zu England betrifft, so möchte ich heute darüber nur dieses sagen — damit glaube ich aber eine ganze Menge zu sagen —, daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammen gehen können und gerne zusammengehen ohne Schädigung anderweitiger werthvoller Beziehungen. Zu meiner besonderen Freude ist unsere Haltung gegenüber dem spanisch-amerikanischen Konflikt von verschiedenen Seiten gebilligt worden. Gegenüber dem spanisch-amerikanischen Kriege hatten wir eine doppelte Aufgabe; einmal die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch diesen Krieg unsere Beziehungen weder zu Spanien noch zu den Vereinigten Staaten getrübt wurden. An und für sich würden wir es im Interesse der Menschlichkeit und vom Standpunkt unserer Handelsinteressen aus lieber gesehen haben, wenn dem Ausbruch eines Krieges vorgebeugt worden wäre, welcher beiden Seiten schmerzliche Wunden gerissen hat. Nachdem jedoch alle diesbezüglichen Bemühungen gescheitert waren, blieb nichts Anderes übrig, als den Dingen den Lauf zu lassen. Ein eigentliches deutsches Interesse an der kubanischen Schuld bestand nicht, noch weniger waren wir zum Richter eingesetzt, wer Recht hat oder Unrecht. Mit dem Privatrecht hat die Politik nichts zu thun. Die Welt ist lediglich die Aufgabe, nach allen Seiten lokale Neutralität zu beobachten. Dieser sind wir während des ganzen Verlaufes des Krieges mit der größten Gewissenhaftigkeit nachgekommen. Niemals und in keinem Stadium des Krieges haben wir irgend eine Tendenz unbefugter Einmischung gezeigt oder versucht. Wir hatten ferner die Aufgabe, dahin zu wirken, daß die deutsche Schifffahrt und der deutsche Handel während des spanisch-amerikanischen Krieges thunlichst behauptet werden. Ich sage thunlichst; denn jeder Seetrag bringt es mit sich, daß neutrale Schiffe in gewissem Grade in Mitbetheiligung gezogen werden. Ich glaube aber sagen zu können, daß wir unsere Aufgabe, deutsche Schiffe und den deutschen Handel zu schützen, in den Grenzen strenger Neutralität und ohne Schädigung unserer Beziehungen in den beiden kriegführenden Mächten in vollem Umfange nachgekommen sind. Wenn dieser Krieg, der zwei uns gleichmäßig befreundete Nationen entweit und zu Gegnern macht, auch an und für sich eine belanglose Angelegenheit ist, so können wir uns doch der Hoffnung hingeben, daß unsere korrekte Haltung mit dem Vertrauen auf die Redlichkeit unserer Politik und auf unsere Friedfertigkeit auch den Glauben an die Stetigkeit unserer Politik befestigt hat. Was die Handelsbeziehungen mit Amerika anbelangt, so hat mit dem Konflikt von Washington ein Gedankenansturm stattgefunden, der verschiedene Differenzen ergeben hat. Die Verhandlungen sind natürlich durch den Krieg bis zu einem gewissen Grade ins Stocken gelassen, sie werden aber wieder aufgenommen werden, wie dies noch kürzlich von amerikanischer Seite uns versichert worden ist. Wir glauben nicht schlagend in der Annahme, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht, die freundschaftlichen Beziehungen auf vollkommenem Gebiete festzuhalten. Wohin wir in Europa, wohin wir in der Welt blicken, sehen wir die Regierungen von dem Streben erfüllt, den Frieden zu erhalten. Die Erhaltung des Friedens hängt nicht von einer einzelnen Macht ab. Wir geben uns aber gern der Hoffnung hin, daß es Deutschland gelingen möge, zu verhindern, daß der unermessliche Kampf ums Dasein ausarte zu einem Konflikt, den zu vermeiden alle ein gleiches Interesse haben. Wie die einander scheinbar entgegengesetzten Kräfte der centralen und centripetalen Bewegung die Harmonie der Sphären bewirken; wie das öffentliche Leben aufgebaut ist auf der Verschönerung zwischen individuellem Eigennutz und dem Gemeinwohl, so beruht der Weltfrieden auf der Vereinigung zwischen berechtigtem nationalem Egoismus jedes Volkes und den der ganzen Menschheit gemeinsamen Kulturaufgaben. Betreu den Traditionen seiner Geschichte, getreu den Instinkten und großen Zielen seines Kaisers wird das deutsche Volk, bei der Wahrung seiner berechtigten Interessen und dessen wohl eingedenk, daß unsere Zukunft auf unserer Macht beruht, der aber die Schärfe des Schwertes doch niemals fehlen darf, nie verlagern, wo es sich um die Verfolgung unverfälschter Ziele und die Aufrechterhaltung des Weltfriedens handelt. (Lebhafte Beifall und Handclatschen.)

Wassermann (nl.): Die Ausführungen des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern haben gestern die Lage des deutschen Reichs im Innern als eine ruhige dargelegt. Sie haben ja in vielen Punkten viel Sympathisches enthalten, und wir können ihm zustimmen, daß nicht so übermäßige Gründe für Unzufriedenheit im deutschen Reich vorhanden sind, wie sich das in der Presse und in den öffentlichen Erörterungen darstellt. Darüber kann aber kein Zweifel sein, daß eine erhebliche Unzufriedenheit darüber vorhanden ist, daß die Aufgabe, die beim Bürgerlichen Gesetzbuch gegeben worden ist, nicht eingelöst worden ist. (Sehr wahr!) Wir haben auch nicht das Vertrauen, daß es der Beschicklichkeit des Ministers v. d. Rede im preussischen Landtage gelingen wird (Heiterkeit), die Frage zu einer befriedigenden Lösung zu bringen. (Sehr wahr!) Wir haben in Folge dessen, wie

bereits früher, einen Initiativantrag eingebracht, um dadurch vielleicht die Möglichkeit zu geben, in der Reichsgesetzgebung diese Frage zu lösen. Wir begrüßen die Ankündigung von Vorlagen auf sozialpolitischem Gebiet in der Thronrede. Wir erkennen an, daß ein Stillstand auf sozialpolitischem Gebiete nicht eingetreten ist, aber wir finden das Tempo, in welchem vorgegangen wird, zu langsam. Diese Klage hat sich auch in unseren Kreisen in sehr erheblichem Maße geltend gemacht. Wir würden wünschen, daß zunächst in der Organisation der Reichsbehörden eine Aenderung eintritt, daß das Reichsamt des Innern ein besonderes Arbeitsamt einrichtet (Beifall), dem einmal die Behandlung der sozialpolitischen Angelegenheiten überhaupt unterstellt ist, die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung, die Bearbeitung der Fragen, die in der arbeitsstatistischen Kommission aufgetreten sind, und die Vertretung aller dieser Angelegenheiten im Plenum des Reichstages und in den Kommissionen. Es könnte sich daraus mit der Zeit ein besonderes Reichsarbeitsamt entwickeln. Wir erwarten von einer derartigen Organisation ein gesteigertes Tempo in sozialpolitischen Fragen, aber auch vielleicht die Feststellung gewisser Grundsätze, nach denen für die Zukunft vorgegangen werden soll, gewissermaßen programmatische Sätze, in welcher Weise die Entwicklung der Sozialpolitik sich weiter vollziehen soll. Wir müssen uns vorbehalten, in dieser Richtung eventuell mit einem Initiativantrage weiter vorzugehen. Die letzten Wahlen haben ein Anwachsen der Sozialdemokratie um 100 000 Stimmen gebracht, und das ist doch auch eine beachtenswerte Seite unserer ganzen inneren Entwicklung. Es ist meines Erachtens eine Illusion, anzunehmen, daß die sozialdemokratische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hätte. Es sind auch Illusionen, wenn man glaubt, mit polizeilichen Maßregeln eine derartig mächtige Klassenbewegung irgendwie zum Stillstande bringen zu können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ob und inwieweit die Sozialdemokratie im Laufe der Zeiten sich ändern wird, ob sie ihren antinationalen und antimonarchischen Charakter abstreifen wird, darüber können wir uns heute ein Urteil nicht erlauben. Auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Lehren, in wirtschaftlichen Angelegenheiten sehen wir doch gewaltige Veränderungen sich vollziehen; eine Reihe von Leitfragen der früheren Zeit ist zweifellos preisgegeben. (Sehr richtig!) In den jüngsten Tagen ist eine Reihe Klars durch die Zeitungen gegangen, in der er sich gewissermaßen über die Prophezeiungen der Sozialdemokratie selbst lustig macht. (Hört, hört!) Prädiger Kerl, sagte er von Liechten, aber Schlichter Prophet! (Heiterkeit.) Das bezieht sich auf die Katastrophentheorie, auf die Verelendungstheorie. Dann können aber auch die Einleitungsätze des Erfurter Programms nicht stehen bleiben. (Hört, hört!) Am Auffallendsten ist wohl die Förderung auf dem Stuttgarter Parteitag, soweit sie auf die Vollschlußfrage Bezug hat, die ja zweifellos bei den Handelsvertretern wiederum eine sehr große Rolle spielen wird. Schöppel hat dort ausgeführt, er glaube nicht, daß jemals eine Zeit kommen wird, wo wir vollkommenen Freihandel haben werden. Das System der fremden Konkurrenz wird in der Industrie immer unentbehrlicher, und in einer Berliner Versammlung sagte Schöppel, bei den Industriezweigen werde er sich fragen müssen, ob der Nachteil, den die Arbeiter als Konsumenten davontragen, nicht aufgewogen wird durch die Vorteile, die ihnen die Entwicklung der Industrie ihres Landes bringt. (Hört, hört!) Was ist der Sandpunkt, den wir seit lange einnehmen überall, wo die Notwendigkeit hervortritt, unsere nationale Arbeit zu schützen gegen die Konkurrenz des Auslandes. Das gilt aber auch von der Landwirtschaft. (Beifall.) Dieser Preis der nationalen Arbeit muß geschützt werden. Wenn man die Schutzbedürftigkeit der Industrie anerkennt, muß auch der Landarbeiter beteiligt werden an dem Schutze gegen auswärtige Konkurrenz. (Beifall.) Dann muß man es ablehnen, von den Grundfragen abzugehen, die Deutschland seitig als Industriestaat behandeln. Die Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie kann einmal darin liegen — ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, hier neue besondere Rezepte anzugeben —, daß die bürgerlichen Parteien sich im Wahlkampfe zusammenschließen. Einige Ansätze haben wir ja bei den letzten Wahlen zu verzeichnen. In manchen Teilen Deutschlands ist zwar der alte Haß härter gewesen als die neue Liebe, aber die Herren Sozialdemokraten sind nach ihrer Presse sich doch darüber vollständig im Klaren, daß die kommenden Wahlen in immer stärkerer Weise den Zusammenschluß aufzuweisen werden, nicht aus Liebe, sondern aus einem gewissen Selbsterhaltungstrieb gegenüber der sozialdemokratischen Partei. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie genügt es nicht, lediglich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes vorzugehen. Es ist ja reichliche Arbeit heute noch vorhanden, um die Grundfrage der Gewerbeordnung durchzuführen. Herr v. Bennigsen hat am 10. Januar 1896 hier anerkundet, Aufgabe der Regierungen und der bürgerlichen Klassen sei es, der sozialdemokratischen Agitation das Wasser abzugraben und in den Arbeitern das Gefühl erstarren zu machen, daß sie unter der Wirkung der jetzigen Regierungen und der bürgerlichen Klassen im Stande sind, in einen menschenwürdigen Zustand zu gelangen, bei dem Arbeitern ebenso zukommt wie den andern Klassen. Wenn das nicht gelingt, gehen wir schweren Kämpfen entgegen. Dieselben Grundfragen finden sich ja im Wesentlichen auch in der kaiserlichen Botschaft, und von ihnen werden wir uns auch weiter leiten lassen. Eine Frage ist von meiner Fraktion, speziell von Herrn v. Heyl, bereits im letzten Jahre angeschnitten worden: die Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber. Er hat damals ausgeführt: es seien Berufsvereine zu bilden auf localer Grundlage, in welche Arbeiter und Arbeitgeber zu wählen seien ähnlich wie bei den Gewerbevereinen. Diesen Organisationen fele zu, einmal die Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, die Organisation des Arbeitsnachweises und zwar auf Grund von Einrichtungen nicht in der Richtung, daß die Arbeiter ausgeschlossen werden und dadurch weitere Verhinderung in diese Kreise hineingetragen wird. Auf dieser Grundlage könnte man auch obligatorische Einigungsämter finden, eine Einrichtung, die ja zweifellos für die Streikbewegung ihre große Bedeutung haben kann. Diese Organisation wird um so wünschenswerther und gerechter sein, nachdem wir die Handwerkerorganisation in der letzten Tagung durchgeführt haben und in diesen Handwerkerorganisationen, sowohl bei den Innungen als bei den Handwerkertammern zu Gesellenausschüssen, also zu einer Vertretung der in dem Handwerke beschäftigten Arbeiter, gekommen sind. Es ist ja auch bekannt, daß in der Generalversammlung des Verbandes „Arbeiterwohl“, die im Wesentlichen ja von Herrn vom Centrum besucht wurde, auch diese Grundfrage Anerkennung gefunden haben, daß auch dort Professor Hige dafür sich ausgesprochen hat, solche gemeinsame Organisation zu finden. Die Thronrede kündigt an, daß weitere Vorlagen erfolgen zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung, und zwar zunächst der Invaliditäts- und Altersversicherungsverbesserungen, wie es hier heißt, in wesentlichen Beziehungen. Es mag ja richtig sein, vielleicht hier nun einzelne Schäden auszubessern, aber wir müssen

zur einer organischen Reform der ganzen Arbeiterversicherung kommen. Dieses Herausnehmen einzelner Streitfragen bleibt immer nur Flickwerk. Zur Altersversicherung hat auch in der Sitzung des Centralverbandes deutscher Industrieller in Berlin am 1. Oktober d. J. Herr Bued, früher Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, sich dahin ausgesprochen, daß die Altersgrenze von dem 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt werden kann. Er führte aus, dadurch würden die Invaliditätsrenten, die nach amtlicher Statistik in den Lebensjahren 65 bis 70 heute 24 Prozent ausmachen, fast ganz verschwinden, und auch die 21 Prozent der Invaliden vom 60. bis 64. Lebensjahre bedeutend abnehmen. Größere Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsdauer würde die Folge sein. Diese Ausführungen beziehen sich auf die Industrie. Ich gebe zu, daß in der Landwirtschaft hier die Verhältnisse anders liegen können und anders liegen werden. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der Gedanke einer Witwen- und Waisenerziehung wohl kaum noch lange Zeit wird abgelehnt werden können. Es wäre dem Gedanken näher zu treten, den Berufsvereinen in der Unfallversicherung die Befugnis durch Statut zu erteilen, die Witwen- und Waisenerziehung einzuführen. Hierzu werden gewiß manche Teile der Großindustrie bereit sein, die ja bereits auf anderem Wege, durch besondere Cassenbildung diese Einrichtung durchgeführt haben. Bei einzelnen Berufszweigen ist die Witwen- und Waisenerziehung zweifellos eine Nothwendigkeit, überall da, wo die besondern Berufsrisiken eine Rolle spielen. Das gilt auch insbesondere für die Seeleute. Die Kommission des Reichstages des Jahres 1897/98 hat diesen Gedanken in anderer Weise formuliert: sie hat verlangt die Verbindung der Unfall- und Alters- und Invaliditätsversicherung kraft Statuts unter gleichzeitiger Einführung einer Witwen- und Waisenerziehung. Sie hat damals weiter vorgeschlagen, falls die Arbeiter Beiträge dazu zu zahlen haben, seien sie an der Verwaltung zu beteiligen. Welcher Weg in dieser Richtung einzuschlagen ist, steht dahin. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß der Gedanke als solcher jedenfalls nicht mehr erheblich lange Zeit wird abgelehnt werden können. (Beifall.) Wir hielten die Lösung einer anderen Frage für wünschenswerth, das ist der Zusammenschluß der Kranken- und Invalidenfürsorge in der Weise, daß nach halb-jähriger Krankenversicherung die Invalidenfürsorge sich unmittelbar anschließt. Die Ausdehnung in dem von mir bezeichneten Sinne könnte für die Großindustrie sehr wohl obligatorisch gemacht werden. Es wird bei der Umarbeitung der Versicherungsgeetze auch die Aufmerksamkeit auf die Klagen der Landwirtschaft gerichtet werden müssen, daß deren Beiträge die Staatsrenten oft bei Weitem übersteigen. (Sehr richtig!) Weiter müssen die bürokratischen Unzulänglichkeiten mehr in den Hintergrund treten. Dem Gedanken eines Reichswohnungsgeetzes, dessen Vater Herr v. Miquel ist, werden wir uns nicht ablehnend gegenüberstellen. Einstweilen könnte man die Wohnungsfrage in der Weise fördern, daß die Invaliditätsanstalten immer weitergehend zur Beteiligung von Darlehen für gemeinschaftliche Wohnungsbauangelegenheiten werden. Die Schutzbestimmungen für Gehilfen und Lehrlinge im Handelsgewerbe begünstigen wir. Es wäre dabei wohl auch auf die Frage des einseitigen Lebensschlusses zu kommen. Da, wo die Mehrzahl der Prinzipale eines Ortes mit diesem Lebensschlusse einverstanden ist, könnte man wohl ohne Weiteres bestimmen, daß dieser Lebensschluß durchzuführen sei. In Bezug auf die Frage der Handlungsgehilfen möchte ich auch noch bitten, doch bald die Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte zu erledigen. Wir haben inzwischen einen Initiativantrag eingebracht. Die Mißstände in der Konfektionsbranche sind in der Thronrede erwähnt und eine gesetzgeberische Regelung ist angehängt. Wir begrüßen das mit Genugthuung, nachdem in Form der Initiative Materie seit zwei Jahren verfolgt worden ist. Der Antrag Heyl und Genossen, der auch in dieser Tagung wieder eingebracht ist, behandelt diese Materie. Er geht aber erheblich weiter, indem er die ganze Regelung der Heimarbeit in sein Gebiet aufnimmt unter Schöpfung der reinen Familienbetriebe und unter Weglassung des Eingreifens in die Handwerksbetriebe mit Rücksicht darauf, daß wir auf diesem Gebiete zunächst die Handwerksorganisation vollenden lassen wollten. Es ist in diesem Antrage auch die auf die Dauer nicht länger auffchiebbare Frage der weiblichen Fabrikinspektoren angeschnitten. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Wir erkennen die Nothwendigkeit der vollen Aufrechterhaltung des Koalitionsrechtes an; seine Anfassung müßte eine berechtigte Erweiterung in Arbeiterkreisen hervorgerufen. (Sehr wahr; links.) Wir erkennen auch an, daß heute schon eine große Erregung in Arbeiterkreisen vorhanden ist, und zwar nicht nur in sozialdemokratischen, sondern auch in solchen Arbeiterkreisen, die sich der sozialdemokratischen Bewegung ferngehalten haben. (Sehr richtig! links.) Es ist kein Zweifel, daß in ganz anderer Weise als bisher die Unternehmer vom Koalitionsrecht Gebrauch machen, daß sie sich zusammenschließen, um dem vielfach auftretenden Terrorismus ihrerseits ein Paroli bieten zu können. In einer derartigen Zeit kann selbstverständlich von einer Einschränkung des Koalitionsrechtes nicht die Rede sein. (Sehr wahr! links.) Auf der andern Seite erkennen wir an, daß der Einzelne gegen Terrorismus, gegen Zwang geschützt werden muß. Der § 153 der Gewerbeordnung bedroht die Anmeldung körperschaftlichen Zwanges mit Strafe. Vielfach hat die Rechtsprechung von den bestehenden Strafbestimmungen nicht den genügenden Gebrauch gemacht. Es ist indes zu konstatieren, daß heute doch vielfach ganz anders zugegriffen wird, als es früher der Fall war. Wir werden die neu vorgesehene Strafbestimmungen sehr nüchtern prüfen; wir werden verlangen, daß und genau seitens der Regierung der Beweis geführt wird, daß im einzelnen Fall die bestehenden Strafbestimmungen nicht ausgereicht haben. Zur Einführung überflüssiger Strafbestimmungen und zu unnötigen Verschärfungen solcher werden wir die Hand nicht bieten (sehr gut! bei den Nationalliberalen), von dem Gedanken ausgehend, daß im Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter es Pflicht der Regierung wie auch der Parteien ist, volle Gerechtigkeit wahren zu lassen (Beifall bei den Nationalliberalen), daß die Zufriedenheit der großen Unternehmer im Staat selbstverständlich nicht ausschlaggebender Gesichtspunkt sein kann. Wir werden also jede Vorlage daraufhin prüfen, ob das Koalitionsrecht angefaßt wird, und gegebenenfalls sie ablehnen. Durch die Presse sind ja Mittheilungen gegangen, als wenn die Nationalliberalen bei einer Zusammenkunft in Heidelberg sich mit dieser Materie beschäftigt hätten. Da ich bei dieser Zusammenkunft zugegen war, kann ich bestätigen, daß diese Annahme nicht zutrifft, sondern daß wir lediglich Fraktionsangelegenheiten besprochen haben. Wir sind in gar keiner Weise veranlaßt oder bereit, uns in dieser Frage als treibendes Element benutzen zu lassen. Aus dem Etat des Reichsamts des Innern begrüßen auch wir die Beförderung der Verhältnisse des Norddeutschen Kanals, die Erhöhung der Einnahmen, Steigerung derselben um 27,8 Prozent. Desgleichen begrüße ich mit Herrn Frey die Einstellung von 3 Millionen

für die Pariser Weltausstellung zur weiteren ... der deutschen Nation. Die Thronrede kündigte auf dem Gebiete des Reichsamts des Innern einen Entwurf an, der die Einführung der obligatorischen Schlachtleh- und Fleischbeschau ins Auge faßt. Im Einzelnen ist der Gesetzentwurf naturgemäß zu prüfen und ist auf die Schöpfung der hier in Frage kommenden Interessen nach allen Seiten Rücksicht zu nehmen. Allerdings wird sich daran die obligatorische Zwangsversicherung, wenigstens soweit das Großvieh in Frage kommt, in den einzelnen deutschen Bundesstaaten anschließen müssen. Gestern ist nun auch über die angelegte Fleischnoth gesprochen worden. Nachdem eine Interpellation, die sich mit diesem Gegenstand und den statistischen Erhebungen der Regierungen beschäftigt, eingebracht worden ist, will ich hierauf nicht mehr eingehen. Der badische Landwirtschaftsrath hat sich mit der Frage der Krutzgen beschäftigt, und in diesen Verhandlungen sind Uebereinstimmungen auf das richtige Maß zurückgeführt worden. Das Jüdergesetz hat sich trotz der üblen Prophezeiungen nach und nach eingelebt, auch die Prophezeiung eines starken Konsumrückgangs in Folge der erschöpften Verbrauchsabgabe ist nicht eingetroffen. Wir müssen es unfererseits ablehnen, eine einseitige Aufhebung der Prämien in Deutschland unterstützen zu wollen. Man hat sich vielfach in der Presse geirrt, daß die Thronrede Fragen der sogenannten Mittelstandsbewegung nicht enthält. Nun, was die Fragen des Handwerks anlangt, so befinden wir uns hier mitten in der Organisation. Die vorbereitenden Studien haben klargestellt, daß die Schwärmerei für Zwangsinnungen doch eine relativ recht bescheidene ist; zweitens, daß es gelungen ist, weite Theile des Handwerks in ganz anderer Weise mobil zu machen für die Handwerksinteressen als früher. In unsern süddeutschen Gewerbevereinen speziell herrscht ein reges Leben, man muß nur etwas Geduld haben. Die Lösung der Frage, wie die Waarenhäuser zu besteuern sind, wird ja nicht aufgeschoben werden können; sie wird aber auch andererseits im Reiche zunächst nicht zu finden sein, sondern in den Einzelstaaten, und wir können konstatieren, daß in dieser Richtung der bairische Landtag vorgegangen ist und daß wohl auch demnächst auf Grund von Erhebungen in Preußen die Regelung der Besteuerungstrage weiter verfolgt wird. In ein gewisses Stadium getrieben scheint mir die Frage der Bauhandwerker. Diese Frage verdrängt nicht von der Tagesordnung der gewerblichen Organisationen. Auch diejenigen gemerklichen Zusammenschlüsse, die auf dem Boden der Gewerbefreiheit stehen, haben auf jeder Jahresversammlung die Frage des Schutzes der Bauhandwerker auf der Tagesordnung.

Wenn der Staatssekretär des Reichsjustizamts in dieser Frage warten will, bis die Juristen in der Lösung dieser Frage einige Fortschritte gemacht haben, dann wird auch das kommende Jahrzehnt ohne Regelung der Frage an uns vorüberziehen. (Sehr richtig!) Die heutige Zeit ist die Zeit der Konzentration großer Betriebe, die Nacht Einzelne bildet sich in dieser Zeit oft in sehr wenig wünschenswerther Weise aus. Der Staat muß seine volle Aufmerksamkeit auf solche Erscheinungen richten und überall da, wo sich ein Mißbrauch herausgestellt hat, energisch, nicht zögernd einschreiten. Eine unfererseits Erachtens juristische Frage ist gestern vom Abg. Richter eingehend behandelt worden, das ist die Frage Vire. Die ganze Frage unterliegt zur Zeit der Beurteilung des Bundesrathes. Wir wünschen, daß die Entscheidung nach Recht und Gerechtigkeit gefällt wird, daß sie selbstverständlich wir halten es auch für beauerlich, daß eine solche Frage solange die deutsche öffentliche Meinung in Äthem hält und müssen wünschen, daß sie bald zu befriedigendem Abschlusse geführt wird. In dem Initiativantrage der freikämpfigen Volkspartei ist die Zulässigkeit des Bundesraths unbedingt verneint, und auf demselben Boden haben die getreuen Ausführungen des Abgeordneten Richter. Auf diesen Boden vermögen wir nicht zu treten. Zunächst ist der Bundesrath zweifellos, insofern er die Beurteilung der Frage vorzunehmen hat, ob er zuständig ist. (Große Heiterkeit links.) Darüber kann ja gar kein Zweifel sein; er muß also entscheiden. Wenn Sie auch laden, m. H., das ist juristisch doch so. Er muß also entscheiden, ob er zuständig ist; wenn er zuständig ist, muß er die Entscheidung in der Sache selbst geben. Wenn er nicht zuständig ist, dann wird sich die Frage aufwerfen, ob nicht eine Lücke in der Reichsverfassung vorhanden ist. Diesen Standpunkt hat unser verehrter Fraktionsgenosse v. Gumbert sich mit dieser Sache eingehend beschäftigt hat, eingewandert. Dann tritt in der That die Frage auf, ob nicht eine Verwirklichung wünschenswerth ist für die Einseitigkeit dereriger Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten. Wir werden die Entscheidung des Bundesraths in dieser Frage ruhig abwarten haben; eine baldige Entscheidung ist wünschenswerth. Am übrigen wird sich ja Gelegenheit bieten, im Plenum eingehend auf die ganze Frage bei diesem Initiativantrage zurückzukommen. In der Thronrede ist dann betont, daß über die Bekämpfung des Anarchismus zur Zeit eine Konferenz tagt. Wir begrüßen sie und hoffen, daß sie eine Einigung über gewisse leitende Gesichtspunkte der Behandlung von Anarchisten zu Stande bringen wird. Wenn in der sozialdemokratischen Presse darauf hingewiesen worden ist, daß der Anarchismus lediglich der Frucht elender wirtschaftlicher Verhältnisse sei, so ist das doch nur mit einer gewissen Einschränkung richtig. Zweifellos liegen auch noch andere Gründe vor. Es wirkt in der Richtung der Förderung anarchischer Lehren der ganze zerlegende Charakter und namentlich auch die ganze maßlose Kritik und planmäßige Auspehung gegen jede staatliche Autorität. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Daß die ganze maßlose Kritik, die fortgesetzt von der sozialdemokratischen Presse an unsern staatlichen Verhältnissen geübt wird, schädlich auf manche Individuen einwirken muß, darüber scheint mir doch ein Zweifel nicht vorhanden sein zu können. (Sehr richtig!) Die Bekämpfung des Anarchismus wird weniger auf dem Wege der Gesetzgebung, als auf dem einer energischen Polizei zu denken sein. Freilich wird man mit so schlecht bezahlten Polizei-Organen, wie wir sie vielfach in Deutschland haben, entsprechende Wirkungen auf die Dauer wohl kaum erzielen können. Der Etat enthält erhebliche Beträge für die Gehälter der mittleren und untern Beamten. Wir begrüßen das, halten aber den von uns des öftern öfters Gesagten, daß die Bildung besonderer lokaler Erziehungszustalten nach wie vor für richtig und werden darauf zurückkommen. Die verheerenden Vorschläge des Herrn Staatssekretärs im Reichsjustizamt erkennen wir an. Bei dem Volkshelveten möchte ich den Wunsch aussprechen, daß dieses Verfahrn nicht wieder zu sehr mit bürokratischen Formen umkleidet wird und daß seine ausgiebige Benutzung für den kleinen Mann möglich sein wird. Wir empfehlen weiter, die Wohnungsfrage für die Beamten im Auge zu behalten. Ich möchte nun auf den Mißthetats bezüg. die Heeresvermehrung eingehen. Herr Richter hat gestern gefragt: was hat sich in den Verhältnissen eigentlich geändert, daß wir uns wieder mit einer Mißthetatsfrage zu beschäftigen haben? Da kann ich ruhig die Antwort geben: Es hat sich nichts geändert. Die allgemeinen politischen Verhältnisse sind dieselben geblieben, und wir werden nach wie vor dem weichen Ausbau unserer Heeresmacht unser Augenmerk zuwenden haben. Die neue Mißthetatsvorlage kommt nicht unerwartet. Die Opposition hatte sich aber offenbar auf eine größere Forderung Rechnung gemacht. (Heiterkeit.) Wir sind der Ansicht, daß angefaßt des Reichstages des Reichsamts in Deutschland gewisse Vermehrungen getragen werden können. Das Verhältniß zur Nothwendigkeit eines starken Heeres ist zweifellos in weiten Maßstaben vorhanden, und es scheint heute weniger, als es früher der Fall war, gerade in solchen Fragen der Heeresvermehrung das Bürgerthum mobil zu machen. Wir werden es, daß für Grenzgebiete eine besondere Fürsorge stattfindet, daß man die Organisationen in dem Ober-Saß, in Österreich zu vervollständigen laßt, namentlich auch im Interesse einer beschleunigten Mobilmachung. Die Heeresorganisation

der Feldartillerie ist eine unbedingte Notwendigkeit; die Verbände sind zu groß, die Regimenter zu 11, 12 Batterien. Dagegen ist die Notwendigkeit zu konstatieren, daß gerade bei der Feldartillerie die zweijährige Dienstzeit am schwersten ertragen wird, angefaßt der Wichtigkeit der Ausbildung der Mannschaften gerade in diesem Zweige unserer Armee, aber auch die Thatsache, daß für den Fall der Mobilmachung die Artillerieregimenter, wie wir sie jetzt haben, gerufen werden müssen, um aus ihnen neue Formationen zu bilden, was besonders erschwerend wirkt. Ich hätte mich also dahin zu erklären, daß wir uns vorbehalten, die Militärverträge in der Kommission genau zu prüfen, daß wir aber doch im Wesentlichen uns mit gewissen Vermehrungen heute schon einverstanden erklären können. Die Frage wurde aufgeworfen, ob es dauernd möglich sein wird, die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festzulegen. Nachdem sie eingeführt ist bei den Fußtruppen, wird die Militärverwaltung sie kaum befechtigen. Dem Offizier- und Unteroffiziersmaterial wird es gelingen, über etwaige kleinere Schwierigkeiten in der Ausbildung der Mannschaften hinwegzukommen. Diese Frage ist also nicht geeignet, einen besonderen Konfliktstoff zu schaffen. Die Thronrede erwähnt die Militärreformprojekte nicht. Es kann aber wohl heute kein Zweifel darüber sein, daß diese Reform zum glücklichen Ende geführt wird; insbesondere die Einigung auch mit Bayern ist erfreulich. Die Zeitungen berichteten neulich von einem Spielprojekt in Hannover. Bedauerlich ist es, daß solche Standale sich wiederholen. Daß in Hannover hoch gespielt wird, ist öffentliches Geheimnis, das, wie es scheint, nur die dortigen Kommandobehörden nicht so ganz zu wissen scheinen. Mögen von Seiten der Militärverwaltung die erforderlichen Schritte getroffen werden. (Beifall.) Den Ausführungen des Herrn Freyen über das Anwohnen des Pensionatsfonds kann ich mich in allen Punkten anschließen. Es sind übrigens auch ob und zu mal Zweifel laut geworden, ob der rasche Wechsel in den Kommandobehörden für die Ausbildung unserer Truppen eine besonders segensreiche Erscheinung ist. Die Veranordnung liegt ja in dieser Beziehung bei der Militärverwaltung, wir möchten aber doch untererseits ein etwas schonendes Vorgehen befürworten. Man ist gestern die Frage aufgeworfen worden, weshalb schlägt man wieder neue Vermehrungen vor angesichts der Thatsache, daß doch zur Zeit eine Friedenskonferenz laugt. Wir sind der Ansicht, daß die Abrüstungsvorschläge in vollem Ernst gemeint sind. Wir hoffen auch, daß bei diesen Beratungen Gesprächliches herauskommen wird; aber wir müssen auf der andern Seite sagen, daß sich der Durchführbarkeit praktischer Vorschläge sehr große Schwierigkeiten werden entgegenstellen müssen, und daß, so lange die Staaten nicht zu einer Einigung gekommen sind, wir es uns selbstverständlich nicht nehmen lassen, unsere Kräfte auf den Stand zu bringen, der den heutigen politischen Verhältnissen entspricht. (Beifall.) Im Etat des auswärtigen Amtes möchte ich die Kolonialverwaltung vorwegnehmen. Im Vordergrund steht die Erhöhung des Reichszuschusses für Ostafrika. Von den Forderungen begrüßen wir die für ein Schwimmbad bei Dar-es-Salaam. Bei der Entwicklung unserer Kolonialpolitik ist es zweifellos notwendig, für unsere Flotte Stützpunkte zu gewinnen, namentlich auf Stationen, wo Schiffe repariert werden können. Das wird eine rentierliche Ausgabe sein, die zugleich Einnahmen von den Handelsstellen anderer Staaten ermöglicht. Die Forderungen für die Uambara sind gerechtfertigt. Nachdem festgestellt, daß die ganze Entwicklung des Plantagenbaues in Ostafrika sehr erfreulich ist, wird es Pflicht des Reiches sein, namentlich für die Beschaffung billiger Transportmittel zu sorgen, und wir hoffen, daß dieser Bahnbau einen günstigen Einfluß auf die ganze Entwicklung dieses Schutzgebietes haben wird. Die Aufwendungen für Kiautschou sind ja getrennt verhältnismäßig freundlich befragt worden. Mit der Vermehrung der Konsulate in Ostafrika sind wir einverstanden, desgleichen mit den Ausgaben für Handel und Wissenschaft, Errichtung eines Konsulatsgebäudes und Reichshaus. Es wäre nur zu bemerken, wenn die betreffenden Grundstücke einem Konsortium zur selbstständigen Ausbeute überlassen werden, dann wäre doch die Frage zu erörtern, ob nicht dieses Konsortium auch die Bautkosten zu tragen hätte. Dem Konsulatsrat für Prag stimmen wir zu. Wäre es aber nicht zu einem Generalkonfultat auszugestatten? In Prag wohnt eine ganze Reihe Reichsdeutsche und die deutschen Interessen sind dort sehr erheblich, weil über die französischen Interessen hinausgehend, während die französische Re-

gierung mit einem Überflusse unterhält. Wir begrüßen weiter die Aufstellung von Handelsattachés, von technischen Sachverständigen für Handel und Handelsangelegenheiten. Diese sind vorzuziehen für Chicago, New-York, Buenos Aires und Konstantinopel. Würde es sich nicht empfehlen, auch für Ostafrika, China und Japan mit der Aufstellung solcher Handelsattachés vorzugehen? Es kann nämlich der Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß die Unterstellung deutscher Schulen im Auslande 300 000 M. also ein Mehr von 50 000 M. eingestellt sind. Diese Notwendigkeit ist gerade von unserer Seite wiederholt betont worden. Nun hat gestern die auswärtige Politik eine große Rolle gespielt, und man hat mit dieser die Frage der Ausweisungen zusammengeworfen. Diese sind in erster Reihe Landesangelegenheiten, aber auch darüber ist kein Zweifel, daß unter Umständen durch solche Ausweisungen die Politik des deutschen Reiches beeinflusst werden kann. Wir sind der Ansicht, daß dabei mit Vorsicht vorgegangen werden muß, doch überflüssige, unnötige Verhaftungen von Ausländern ferngehalten werden müssen, daß mit Vorsicht vorgegangen werden muß auch mit Rücksicht auf die Handelsbeziehungen. Wir halten eine Ausweisung dort für berechtigt, wo eine Gefahr unserer nationalen Entwicklung droht, aber auch da, wo sich Elemente agitatorisch betätigen, muß die Berechtigung der betreffenden Regierung vorhanden sein, zur Ausweisung zu schreiten. (Sehr richtig! links.) Dann müssen wir uns auch andererseits jede Einmischung und jede Kritik des Auslandes verbitten. (Sehr gut! links.) Im Uebrigen wird die preussische Regierung Gelegenheit haben, im preussischen Landtag Auskunft zu geben und dort das Material zur Vorlage zu bringen. Die gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes v. Bülow über den Dreibund werden im Lande einen freudigen Widerhall erwecken und manche Beiruhigung zurückerbringen. Der Präsident des Reichstages hat in seiner Rede über den Fürsten Bismarck hervorgehoben, daß es dessen unvergleichlicher Staatskunst gelungen ist, den Frieden zu erhalten. Die Grundzüge seiner Politik waren einerseits die Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses zu Rußland, und er betont in seinen Memoiren, daß eine Bedrohung des Friedens zwischen Rußland und Deutschland nur durch künstliche Verhinderung oder den Gehörgesetz der Militärs möglich sei. Wir können wohl konstatieren, daß zur Zeit irgendwelche Befürchtungen in dieser Richtung nicht vorliegen, daß unser Verhältnis zu Rußland ein gutes ist. Auf der andern Seite war die Grundlage der Bismarckschen Politik der Defensivbund mit Oesterreich und Italien. Wir wünschen von Herzen, daß dieser Dreibund aufrecht erhalten wird. Wir sehen aber doch mit einem gewissen Bangen in die politische Entwicklung Oesterreichs. Fürst Bismarck hat auch einmal den Satz ausgesprochen: „Niemand kann die Zukunft Oesterreichs mit Sicherheit berechnen.“ Es kann für Oesterreich eine Zeit kommen, in der eine antideutsche Politik die Staatspolitik bestimmt. Die Vorgänge der letzten Monate, der Sprachenstreit, dieser Streit der einzelnen Völkerschaften untereinander, bedrohen zweifellos in erheblichem Maße die Staatsweisheit Oesterreichs, und wir sehen auch mit Bedauern, wie deutschfeindliche Elemente dort vielfach recht energisch in den Vordergrund rücken. Diese Thatsache mahnt uns, daran zu denken, daß unter Umständen die Haltbarkeit von Verträgen zwischen Großmächten eine begrenzte ist. Nun hat der Staatssekretär die Rede des Grafen Thun von seinem Standpunkt aus behandelt. Ich möchte doch untererseits konstatieren, daß der scharfe herausfordernde Ton in der Rede des österreichischen Ministerpräsidenten aus Anlaß der Debatten über die Ausweisungen gegenüber Deutschland sich nicht rechtfertigt (sehr richtig!), namentlich nicht bei der Thatsache, daß wir es uns doch im Laufe der vergangenen Jahre zur strengsten Pflicht gemacht hatten, uns jeder Einmischung in die innere österreichische Verhältnisse zu enthalten und trotz der noch vielfach vorhandenen schlechten Behandlung der Deutschen in Oesterreich vollständig untererseits die Hände aus dem Spiel zu lassen. Die Rede des Grafen Thun hat in der österreichischen Presse eine sehr ernste Beantwortung erfahren, aber auch die deutsche Presse war sich des vollständigen Erstes der Situation bewußt, auch die gesamte Oppositionspresse. Zur Rede des Grafen Thun tritt weiter die Interpellation über gewisse Anzeigen, die bei der Orientreise gefallen sein sollen, die bereits als unklar in der „Norddeutschen Allgemeinen“ benannt sind, eine Interpellation, von der, wie durch die Presse bekannt geworden ist, beauptet werden kann, daß sie durch den österreichi-

chen Handelsminister gestellt ist, die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland zu verbessern. Im Uebrigen hat Graf Thun ja ausdrücklich hervorgehoben, daß eine Verletzung des Völkerrechtes durch die Ausweisungen im Osten seitens Deutschlands in keiner Weise vorliege. Wir hoffen, daß der Dreibund erhalten bleibt. Wir vertrauen auf die Festigkeit unserer auswärtigen Politik in der Wahrung der deutschen Interessen, aber auch des deutschen Ansehens; aber eines muß gesagt werden, daß wie uns nötigenfalls auch hart genug fühlen, auf eigenen Füßen zu stehen, umsonst als nach der ganzen Ausgestaltung der deutschen auswärtigen Politik in diesen 28 Jahren seit Gründung des Reiches darüber weiter kein Zweifel mehr sein kann, daß sie durchweg getragen ist, von dem Grundgedanken der Friedensliebe auszugehen und nicht Streit hervorzurufen. (Beifall.) Freudig ist zu begrüßen, daß sich unsere Beziehungen zu England gebessert haben. Da ist gewiß die Frage nicht zulässig, weshalb der Handelsvertrag mit England noch nicht zu Stande gekommen. Ich möchte das nur kurz erwähnen, angesichts der Wichtigkeit, welche diese Frage für unsere gesamte deutsche Industrie und den deutschen Handel hat. Die Ausführungen des Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten über unser Verhältnis zu Amerika haben im Wesentlichen doch nicht sehr hoffnungsfreudig geklungen. Wir haben daraus entnommen, daß die Unterhandlungen bezüglich der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika im Fortschreiten sind und die Verhandlungen durch prinzipielle Schwierigkeiten vorliegen und die Verhandlungen durch den spanisch-amerikanischen Krieg ins Stocken geraten sind. Wir sehen darin doch einige nicht sehr erfreuliche Punkte. Das Weltmonopol der Herren Rockefeller geht immer mehr dem Abschlusse, der Vollendung entgegen (sehr richtig!), und die Beschränkungen, die aus Anlaß der Bepfachtung der von mir im vorigen Jahre gestellten Interpellation seitens des Staatssekretärs des Innern hier erfolgt sind, haben sich meines Erachtens nicht als richtig erwiesen. Wir müssen auch mit den Thatsachen rechnen, daß die schädigenden Wirkungen des Dingley-Tariffs sich immer mehr und mehr in Deutschland geltend machen, daß hierüber lebhaft Klagen aus den Kreisen unserer Industriellen erklingen, endlich mit der Thatsache, daß in verschiedenen Punkten auch die Weißbegünstigung von Amerika verleiht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir wollen wünschen, daß es der Geschäftselite unserer Diplomatie in dieser Richtung gelingt, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen, aber auch wünschen, daß die Vertretung der deutschen Interessen gegenüber Amerika in energischer Weise gehandhabt wird. (Sehr gut!) Der Abg. Richter hat die Orientreise des Kaisers in seiner Rede behandelt. Auch wir sind der Ansicht, daß von einer politischen Großthat naturgemäß nicht gesprochen werden kann, aber ebenso wenig wollen wir uns die Resultate dieser Reise verkleinern lassen. (Sehr richtig!) Sie hat ganz zweifellos den Nutzen gehabt, daß das politische Ansehen Deutschlands im Orient gestärkt worden ist, und sie wird auch zweifellos für die Wirtschaft des deutschen Volkes von Segen sein. (Sehr wahr!) In weiten Kreisen ist man doch nicht mit der niedrigen Abwägung der Vorteile und Nachteile dieser Reise zufrieden gewesen, und man hat der Freude Ausdruck gegeben über den warmen und glänzenden Empfang, den der deutsche Kaiser im Orient gefunden. (Beifall.) Gleichzeitig begrüßen wir auch die Zurückweisung des französischen Protektorats. Die Kritik unserer innere Verhältnisse ist je nach der Parteistimmung eine andere. Man muß oft schwarz in schwarz, grau in grau, auf der andern Seite dürfen wir aber die Lichtseiten nicht vergessen. Wir haben eine deftige Monarchie und die Thatsache, daß der Reichsgedanke namentlich in Fleisch und Blut des deutschen Volkes eingedrungen ist; wir haben ein starkes Heer, auch die Flottenfrage ist zum Abschluß gekommen; wir haben ein einheitliches bürgerliches Recht geschaffen und stehen jetzt auch vor dem Abschluß der Militär-Strafrechtsordnung. Es ist im Laufe der Zeitbedachte das Wort Reichsverdroffenheit gekreist worden. Bei richtiger Abwägung der Vor- und Nachtheile unserer Politik wird man einen Grund für Reichsverdroffenheit nicht anerkennen können. (Sehr richtig!) Mißgriffe der Regierenden und Mißgriffe der Regierten, Uebertreibungen werden nie vermieden werden können. Das liegt in der menschlichen Natur, wir werden uns aber dadurch die Freunde am Reiche nicht verderben lassen. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Neckar-Zeitung
M. 1.50
kostet nur noch die in Heilbronn täglich erscheinende
sammt Unterhaltungsblatt und Württembergischer Landwirth
(dreimal wöchentlich) (einmal wöchentlich)

Kaiser-Panorama
C2, 10/11 gegenüb. dem Café Imperial.
Palästina, Bethlehem, Nazareth, Jerusalem, Weste, mane, Bethanien u. s. w.
21. Jahrgang. — Täglich 8—32 Seiten.
Strasburger Neueste Nachrichten
General-Anzeiger für Elsass-Lothringen.
Trotz der mannigfachen Schwierigkeiten, mit denen die meisten deutschen Unternehmungen in den Reichslanden zu kämpfen haben, ist es den
Strasburger Neuesten Nachrichten
gelungen, sich in den 21 Jahren ihres Bestehens derart einzufügen, daß sie heute einen festen Stamm von nahezu
31000 Abonnenten
besitzen.
Einzige Zeitung in Elsass-Lothringen mit
notariell beglaubigter
Abonnementzahl: Täglich 30320.
Sie hätten sich rühmen, nicht allein die bei weitem
am meisten verbreitete und geleseste Zeitung
in Elsass-Lothringen,
sondern auch das erste deutsche Blatt zu sein, das in den
meisten Schichten der elssässischen Bevölkerung, bei Hoch und
Niedrig, seinen Fuß gefaßt hat. — Ihren bedeutenden Auf-
schlag verdankt unsere Zeitung hauptsächlich ihrer pöblich
unabhängigen Haltung und ihrem unparteiischen politischen
Standpunkt, wodurch sie namentlich bei der deutschen Bürger-
schaft, inwieweit sie eingewanderten, zu einem rechten
Familienblatt geworden ist und sich einer beispiellosen
Beliebtheit erfreut.
Wirksamstes Inserationsorgan
der Reichslande und des angrenzenden Baden,
von vielen Behörden, Oberbehörden, Klaren, Gemeindevor-
ständen, zahlreichen Vereinen und Corporationen u. s. w.
Annoncements täglich benutzt.
Unvergleichlich für jede Firma, die sich das weit
Abgabebiet der Reichslande wirksam erschließen will.
In mehr als 1500 Hotels, Restaurants, Cafés, Theatern
unser Zeitung täglich auf.
Strasburg L. G. Hauptwache 17.
Druckerei & Verl. der Strasburger Neuesten Nachrichten
H. G., vorm. F. L. Kayser.

Pfälzische Bank, Mannheim.
Actien-Capital: M. 35 Millionen. — Reserven: M. 7 Millionen.
Centrale: Ludwigshafen a. Rh. Niederlassungen in Frankfurt a. M., München, Nürnberg, Neustadt a. S., Worms, Kassel, Bamberg, Pirmasens, Zweibrücken, Tübingen, Speyer, Odenheim; Kommandit in Berlin.
Eigenes Lagerhaus am neuen Rheinquai.
Eröffnung laufender Rechnungen mit und ohne Creditgewährung.
Belichtung von Werthpapieren und Baaren.
Annahme von verpfändeten Baareinlagen auf provisionsfreiem Checkcont und von
Sparenlassen.
An- und Verkauf von Devisen und Discountirung von Wechseln.
An- und Verkauf von Werthpapieren an der Mannheimer und allen auswärtigen Börsen.
Direkte Restriktion an der Frankfurter und Berliner Börse.
Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren u. s. w. in Feuer- und Diebstahlversicherer Ge-
wölben mit hohem Schutz.
Zufluss von Devisen in äußerst mäßigen Sperrkäufen.
Einschließung sämtlicher Coupons und Dividendenscheine.
Ersparungen, Ankaufungen, Accreditorungen, Wechselgebühren u.
Versicherung verpfändeter Werthpapiere gegen Conterverlust und Kontrolle der Verlosungen
Alles zu den billigsten und bequemsten Bedingungen.

Künne & Aulbach
Koffer- u. Taschenfabrik
Fabrik Q 1, 16, Filiale P 1, 12.
Empfehlen ihr großes Lager in
Q 1, 16 u. P 1, 12. Koffer u. Taschen
aller Art,
sowie aller sonstigen Reise-Artikel.
Ferner ihr großes Lager in 78322
Portefeuille-Waaren
in jeder Preislage.
Niederlage der besten Fabrikate in Kinder-
wagen, Sportwagen, Schankpferde,
Kinderspieler, Puppenwagen, Puppenstühle
zu billigen, festen Preisen.

Für Amateurphotographen
und solche, die es werden wollen,
halte ich nach Weihnachten wieder einen
Gratis-Unterrichtskursus
(Experimental-Vorträge mit praktischen Anleitungen).
Anmeldungen erbitte in der 78580
Centralstelle für Amateurphotographie
M. Kropp, Kunststrasse, N 2, 7,
Georg Kropp, akadem. gebild. Drogeist.
Mitglied der Photographischen Gesellschaft Mannheim.
Centralstelle
für
Amateur-Photographie
Kunststr. N 2, 7,
Apparate, Momentverschlüsse,
Papiere, Platten, Objective, Dunkelkammer-
Lampen, Album, Cartons, Stative,
Tornister, Taschen, Retouchirbestecke
(überhaupt sämtliche Bedarfsartikel)
Vollständige photographische Einrichtungen
bilden von Mk. 10.— an bis zu den theuersten.
Alles zu Originalpreisen der Fabrikanten.
Apparate auch auf Abzahlung.
Kunststr. N 2, 7,
Fernsprecher 1270 **M. Kropp** Fernsprecher 1270
Ausführliches Preisbuch steht zu Diensten. 78581
Unterstützung von 85312
Metall- u. Gummiempeln,
Schildern, Petschaften, Schablonen,
Rich. Taute, Gravier-Anstalt, D 4, 6.

64000 Abonnenten

und demnach die größte Verbreitung aller liberalen Zeitungen großen Stils im In- und Auslande hat das durch Reichhaltigkeit und sorgfältige Sichtung des Inhalts sich auszeichnende, täglich zweimal in einer Morgen- und Abend-Ausgabe, auch Montags erscheinende

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung mit 5 werthvollen Beiblättern:

„ULK“ farbig illustriertes Witzblatt,
„Deutsche Lesehalle“ illustrierte Sonntagsbeilage,
Mittheilungen über Landwirtschaft, Gartenbau u. Hauswirtschaft.

„Der Zeitgeist“ feuilletonist. Beiblatt,
„Technische Rundschau“ illustrierte Fachzeitschrift.

Im Roman-Heftchen erscheint demnächst ein neuer Roman von **Felix Holländer: „Erlösung“**

Im Gegensatz zu den bisherigen Schöpfungen des interessanten Autors ist dieses Werk ein Familienroman im wahren und guten Sinne des Wortes.

Ausführliche Parlamentsberichte bringt das „Berliner Tageblatt“ in einer besonderen Ausgabe, die, noch mit den Nachrichten versehen, am Morgen des nächsten Tages den Abonnenten zugeht. Ein vierteljähriges Abonnement kostet 5 Mark 25 Pf. bei allen Postanstalten Deutschlands.



Reise-Spiel Nr. 275. 77208
F. Nennich Buchh.

Gegründet 1876.

Schloss-Brunnen Gerolstein

Fafelgetränk I. Ranges

Aerztlichseits bestens empfohlen bei: chron. Magenstarrh, Blasen- u. Nierenleiden. Beste Brunnenunternehmung des Bezirkes Gerolstein. Hauptniederlage: **M. Lang & Co., Mannheim, Kaufhaus u. G 4, 6, Telephone 700 und 1289.** Die Direction Gerolstein, Eifel, Rheinprovinz.

Acetylen-gas, das Licht der Zukunft.

Einfachste tageshelle Beleuchtung

wird erzielt durch die von uns hergestellten, gesetzl. geschützten, an Zuverlässigkeit unübertroffenen Acetylen-gas-Apparate. Denkbar einfachster und billigster Betrieb. Von jedem Laien zu handhaben.

Haus-Apparate:
6 Flammen à 16 Normalkerzen M. 75.—
12 „ „ „ 150.—

Apparate bis zu jeder gewünschten Flammenzahl.

Uebernahme ganzer Installationen von Ortschaften, Geschäftsbauwerken, Fabriken, Wohnhäusern, Kellereien, Villen, Bahnhöfen u. s. w. u. s. w. Prospekte kostenfrei.

Frankfurter Acetylen-Gasgesellschaft
Hesser & Co., Frankfurt a. M., Neue Zoll 49. (Fabrik Höchst a. M.) Calcium-Carbid billig.
Vertreter: **Wih. Müller, Mannheim, Eibelshausstr. 30.** Acetylen brennt 15 mal heller als Steinkohlengas.

A. Donecker, L 1, 2.
Vertreter der **Hofpianofortefabrik C. Bechstein etc.**
empfiehlt sein grosses Pianolager bestens.
Öelgemälde
in allen Preislagen. 76842

H. Model

D 1, 3, Paradeplatz.

Empfehle in hervorragender Auswahl und besten Qualitäten. Unterhosen, Unterjacken, Socken, Reise-decken, Havelocks und Handschuhe. Grösste Auswahl der neuesten Formen. 76668

Kragen, Manschetten, Cravatten.

Sämmtliche Herren-Mode-Artikel.

Als besonders günstige Gelegenheit mein aussergewöhnlich grosses Lager in

Taschentüchern

vom einfachsten bis feinsten Genre zu Engros-Preisen.

Anfertigung feiner Herrenwäsche nach Mass. Für corpulente Herren empfehle meinen neuen Hemdenschnitt D. R. G. M. 89452.

Besten Medicinal-Leberthran
in Originalflaschen à 60 Pfg. und 1 Mark. 75368

M. Kropp, Medicinaldrogerie,
N 2, 7, Kunststrasse. Telephone 1270.

Champagner Kellerer

Luginsland

Möllinger & Werger,
Worms a. Rh.

Empfehlene Marken: „Luginsland“ mittelstes u. herb. Ersatz für franz. Champagner. Niederlage und Vertretung: 78932

C. Th. Schlatter,
O 3, 2 — Telephone Nr. 690.
Filiale K 9, 22, Ringstr.

Mannheimer Cafe-Import-Versandt-Geschäft
Theodor Seyboth
Kaufhaus N 1, 3 Mannheim Telephone 1413

Verkauf ab Magazin von 5 Pfd. an:
gute kräftige rohe Café's per Pfd. 75110
an: 62, 68, 70, 80, 100, 110, 120, 130 Pfg.,
gute kräftige gebrannte Café's per Pfd.
an: 75, 80, 90, 95, 100, 110, 115, 120, 130, 140, 150 Pfg.
Sehr billig u. gut! Bezahl-Café neuer Erntesowie mein gebranntes Café zu 85 Pfg. per Pfd. Als Weihnachtsgeschenk sehr geeignet.

77830 Hochinteressante

Novität für die Jugend

Kaiser Wilhelm II. Reise nach Jerusalem.

Mit 4 Farbendruckbildern u. 2 Holzbildern. Preis M. 3.50.
Zu haben bei:
Tobias Löffler (H. Werner.)
E 2, 4/5. Sofubuchhandlung. E 2, 4/5.

Zähne

J. Dietrich's Zahnlaboratorium.
P 2, 14 gegenüber der Reichspost P 2, 14.

Gebisse aller Art werden nach dem neuesten System (Schmerzlos) und nach billiger Berechnung eingeseht. 61405
Monatliche Abschlagszahlungen werden bewilligt je nach Heberverkommen.

Schönstes Weihnachtsgeschenk! Postkartensammler!

Postkarten-Panorama

und Aufbewahrungskasten für ca. 500 Karten. 77292
Verkauf: **F. Nennich, Buchhandlung.**

Schenker & Cie., Mannheim

Binnenhafen
(verlängerte Jungbuschstrasse).

Hauptniederlassung
Wien I, Neuhorgasse 17. 53195

Agentur der
Französischen Bahnen:
Französischen Ostbahn,
Paris-Lyon-Mittelmeerbahn,
Orleansbahn und Midi.

Gummi-Schuhe
und
Wasserdichte Regenmäntel

in allen Größen und Facons zu den billigsten Preisen.
D 1, 13 Niederlage D 1, 13
der Mannheimer Gummi-, Guttapercha- & Asbestfabrik Mannheim.
(Telephone-Ruf Nr. 572.) 76900

Thürschliesser

„Merkur“
Selbstthätiger u. geräuschloser, empfiehlt unter Garantie
R 3,2 Carl Gordt R 3,2.
Telephone Nr. 661. 76049

Otto Jansohn & Co.,
Dampf-Säge und Hobelwerk,
Telephone 186. Mannheim Telephone 186.
Bauholz und sämmtliche Sägewaaren.

Tannen-, Kiefern
und
Hartholz.
Flossholz.
Verschalungs- und
Schreiner-Bord
Kisten-Fabrik

Fertige Thüren.
Futter, Verkleidungen,
Vertäfelungen.
Gesimse, Zierleisten
Fussböden.



Anzeige

Wie fasse ich meine Anzeige ab?
Welche Ausstattung soll ich derselben geben?
Kann ein Cliché mit Vortheil angewandt werden?
In welchen Zeitungen lasse ich mein Inserat mit Aussicht auf Erfolg erscheinen?
Wie oft und in welchen Zwischenräumen bei jedem Blatte, um die Wirkung auszunutzen?
Wie erledige ich meine Annoncen-Geschäfte zweckentsprechend, ohne Zeitverlust u. billig?

Darüber findet jeder Interessent Aufschluss und Rathschläge in den Zeitungs-Katalogen der

Annoncen-Expedition Rudolf Mosse.

In allen Bureaux dieser Firma werden gewissenhafte Auskünfte in allen Inseraten-Angelegenheiten ertheilt, geschmackvolle Entwürfe für Anzeigen, sowie Kosten-Anschläge ausgearbeitet und die jeweils geeigneten Zeitungen in Vorschlag gebracht. 7651

Bureau in Mannheim:
Q 5, 1. Telephone 495.